

## Grundlegende Daten und Begriffe

Stand: 19.08.2019



Grundlegende Begriffe werden kursiv hervorgehoben.

### Nachkriegszeit und politischer Neubeginn in Deutschland

1946	Verfassung des Freistaats Bayern	Im Auftrag der US-Militärverwaltung rief Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) einen Verfassungsausschuss ein, der eine demokratische <i>Verfassung</i> für Bayern ausarbeitete. Sie wurde noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland per Volksentscheid mit 70,6 Prozent Zustimmung angenommen und ist bis heute gültig.
1949	Gründung der beiden deutschen Staaten	Seit Kriegsende spitzte sich der Gegensatz zwischen den politischen Systemen in Ost- und in Westdeutschland immer weiter zu und führte schließlich <u>1949</u> zur „doppelten Staatsgründung“: Aus den drei westlichen Zonen wurde die Bundesrepublik Deutschland und aus der sowjetisch besetzten Zone die DDR gegründet.
	Konferenz von Potsdam	Wenige Monate nach dem Sieg über Deutschland 1945 trafen sich in Potsdam Vertreter der Alliierten Großbritannien, USA und UdSSR. Sie entschieden, Deutschland solle demokratisiert, dezentralisiert, demilitarisiert sowie entnazifiziert werden und hohe Reparationen leisten.
	Flucht und Vertreibung	1944/45 mussten 12–14 Mio. Deutsche aus den deutschen Ostgebieten fliehen oder wurden vertrieben. Etwa 2 Mio. Menschen kamen dabei ums Leben. In einer bewundernswerten Integrationsleistung wurden die Vertriebenen oder Geflüchteten in die Gesellschaft Nachkriegsdeutschlands eingegliedert.
	Entnazifizierung	<i>Entnazifizierung</i> bezeichnet die Versuche der Alliierten, nach 1945 die deutsche Gesellschaft von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern, sie demokratisch zu erziehen und ehemalige Vertreter des nationalsozialistischen Systems zur Rechenschaft zu ziehen.
	Grundgesetz	Mit Verkündung des <i>Grundgesetzes</i> am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die im Grundgesetz verankerte freiheitlich demokratische Grundordnung ist bis heute Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland.

### Die Teilung Deutschlands

17. Juni 1953	Aufstand gegen das DDR-Regime	Am <u>17. Juni 1953</u> kam es in der DDR zu einem Aufstand der unzufriedenen Bevölkerung gegen das kommunistische Regime. Mithilfe der Sowjetarmee wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen. Bis zur Wiedervereinigung war dieser Tag in der Bundesrepublik Deutschland Nationalfeiertag.
1972	Grundlagenvertrag	Willy Brandts erfolgreiche neue Ostpolitik „Wandel durch Annäherung“ setzte auf Entspannung mit den östlichen Nachbarstaaten und der Sowjetunion. Im Grundlagenvertrag von <u>1972</u> gelang dies zumindest zum Teil auch mit der DDR.

„Staatssicherheit“	Hinter dem „Ministerium für <i>Staatssicherheit</i> “, kurz „Stasi“, verbirgt sich die politische Polizei- und Geheimdienstorganisation der DDR. Sie wurde 1950 gegründet und war für Spionage sowie die Überwachung und Bekämpfung aller Regimegegner der DDR im In- und Ausland zuständig.
Deutsche Frage	Die <i>Deutsche Frage</i> bezeichnet die seit dem Ende des HI. Römischen Reiches 1806 immer wieder aufflackernde Frage nach der territorialen Einheit Deutschlands. Die Wiedervereinigung von 1990 gilt angesichts der endgültigen Anerkennung der deutschen Ostgrenzen als Ende der <i>Deutschen Frage</i> .
Mauerbau	Um die massenhafte Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland endgültig zu stoppen, isolierte das DDR-Regime 1961 den Westsektor Berlins durch eine Mauer. Sie blieb als Symbol der Teilung der Welt im <i>Kalten Krieg</i> bis zum Mauerfall am 9. November 1989 bestehen.
Planwirtschaft	Planwirtschaft bezeichnet die Wirtschaftsordnung in sozialistischen Staaten, in denen die Produktion von Gütern, deren Verteilung und Preise im Gegensatz zur Marktwirtschaft nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach staatlich festgelegten Plänen erfolgt.
Adenauer	Konrad <i>Adenauer</i> (CDU) war der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der sowjetischen Vorherrschaft in der DDR und Osteuropa setzt er im Gegensatz zur SPD auf strikte <i>Westintegration</i> und band die junge Bundesrepublik Deutschland in die <i>NATO</i> und die westeuropäische Gemeinschaft ein.
Westintegration	Westintegration ist die politische Einbindung der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 in die westliche Welt. So erhielt man nicht nur den Schutz der <i>NATO</i> , sondern bekam auch immer mehr staatliche Souveränität zurück. Für die Kritiker zementierte die <i>Westintegration</i> die Teilung Deutschlands.
Soziale Marktwirtschaft	Die <i>Soziale Marktwirtschaft</i> ist die erfolgreiche wirtschaftspolitische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch staatliche Regulierungen, Sozialleistungen und die soziale Ausgestaltung des Steuersystems werden in ihr die sozialen Verwerfungen einer reinen Marktwirtschaft abgefedert.
„Gastarbeiter“	Das „Wirtschaftswunder“ führte zu einem hohen Arbeitskräftemangel. Deshalb wurden seit 1955 ausländische Arbeitnehmern angeworben. Obwohl beide Seiten ursprünglich von einem befristeten Arbeitsaufenthalt ausgingen, blieben viele dieser „ <i>Gastarbeiter</i> “ für immer in der Bundesrepublik Deutschland.
1968er-Bewegung	Unter der <i>1968er-Bewegung</i> versteht man eine internationale politische und soziale Protestbewegung vor allem von Studenten, die sich Ende der 60er-Jahre u. a. gegen autoritäre Gesellschaftsstrukturen, den Vietnamkrieg und die fehlende Aufarbeitung der NS-Zeit auflehnten.

Reformen der sozial-liberalen Koalition		Unter dem Motiv „Mehr Demokratie wagen“ leitete die Koalition aus SPD und FDP unter Kanzler Willy Brandt zahlreiche innenpolitische Reformen ein, durch welche die Mitbestimmung der Menschen in der Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit aber auch die Gleichberechtigung gestärkt wurden.
<b>Kalter Krieg, Entspannung und Neuorientierung in Europa und der Welt</b>		
1961/62	Kuba-Krise	Als der Konflikt zwischen der USA und UdSSR wegen der Stationierung sowjetischer Atomwaffen auf Kuba eskalierte, stand die Welt am Rande eines Atomkriegs. Als Lehre aus dieser Krise richteten die beiden Supermächte einen „heißen Draht“ ein und begannen mit einer gewissen Entspannungspolitik.
1963	deutsch-französischer Freundschaftsvertrag	Der unter de Gaulle und <i>Adenauer</i> geschlossene deutsch-französische Freundschaftsvertrag von <u>1963</u> wird auch Élysée-Vertrag genannt. Er war die Grundlage der Versöhnung zwischen den beiden einstigen Erbfeinden. Heute ist Frankreich wichtigster Partner Deutschlands in Europa.
ab 1989/90	Umbruch im Ostblock	Ermutigt durch die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion kam es in den kommunistischen Staaten Osteuropas zu einem Umbruch. Die kommunistischen Regime wurden gestürzt und eine Öffnung für Marktwirtschaft und Demokratie eingeleitet.
9. November 1989	Öffnung der innerdeutschen Grenze	In der Nacht des <u>9. November 1989</u> strömten Tausende Bürger der DDR an die Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland. Unter dem Eindruck der seit Monaten anhaltenden Massendemonstrationen gaben die Verantwortlichen überraschend dem Druck nach und ließen die innerdeutsche Grenze öffnen.
3. Oktober 1990	„Tag der Deutschen Einheit“	Am <u>3. Oktober 1990</u> trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Damit war die Teilung Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg beendet. Heute ist dieser Tag deutscher Nationalfeiertag.
1992	Vertrag von Maastricht	Angesichts des Umbruchs in Osteuropa seit 1989 wollten die Staaten der „Europäischen Gemeinschaft“ ihre Zusammenarbeit vertiefen. Im Vertrag von Maastricht gründeten sie <u>1992</u> die „Europäische Union“. Unter anderem beschlossen sie dabei die Einführung des Euro.
Kalter Krieg		Da es nie zu einem direkten kriegerischen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR kam, spricht man von einem <i>Kalten Krieg</i> zwischen den beiden Blöcken um die globale Vorherrschaft, der von Wettrüsten, Stellvertreterkriegen, Geheimdienstoperationen, Propaganda usw. geprägt war.
NATO		Die „North Atlantic Treaty Organization“ ( <i>NATO</i> ) ist das Militärbündnis der westlichen Welt unter Führung der USA, das im <i>Kalten Krieg</i> dem „Warschauer Pakt“ unter Führung der UdSSR gegenüberstand. 1955 trat im Zuge der Westintegration auch die Bundesrepublik Deutschland der <i>NATO</i> bei.



Entkolonialisierung	Als <i>Entkolonialisierung</i> bezeichnet man die Befreiung von Ländern und Völkern aus der Abhängigkeit oder Herrschaft von Kolonialmächten und die daraus resultierende Auflösung der europäischen Kolonialreiche in Afrika, Asien oder Amerika.
Europäische Integration	Die <i>Europäische Integration</i> ist der auf Verträgen gegründete immer engere Zusammenschluss europäischer Staaten auf Basis gemeinsamer Werte wie <i>Demokratie</i> und <i>Menschenrechte</i> . Dazu verzichten die Staaten zur Mehrung von Wohlstand und Frieden teilweise auf nationale Kompetenzen.
Ost-Erweiterung der EU	Im Zuge der Westorientierung der ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas bemühten sich zahlreiche dieser Staaten um einen EU-Beitritt. Mit dem epochalen Beitritt von zehn osteuropäischen Staaten 2004 und 2007 sollte die politische Teilung Europas in Ost und West endgültig überwunden werden.

### Herausforderungen und Chancen globaler Entwicklungen der Gegenwart

11. September 2001	Anschlag auf das World Trade Center in New York	Am <u>11. September 2011</u> entführten Mitglieder der islamistischen Terrorgruppe Al Quaida vier Passagierflugzeuge in den USA und lenkten drei davon in politisch symbolträchtige Gebäude wie die Türme des World Trade Centers in New York. Dabei kamen fast 3 000 Menschen ums Leben.
UNO		In der <i>UNO</i> (Vereinte Nationen) haben sich 193 Staaten zusammengeschlossen, um zwischenstaatliche Konflikte friedlich zu regeln sowie Völker- und Menschenrechte zu wahren. Im Sicherheitsrat der <i>UNO</i> gibt es fünf ständige Mitglieder mit Vetorecht (USA, Russland, GB, Frankreich und China).
Globalisierung		<i>Globalisierung</i> bezeichnet die global immer weiter voranschreitende Vernetzung wirtschaftlicher Prozesse. Sie führt einerseits zu dynamischerem Wirtschaftswachstum auch in ärmeren Ländern, andererseits aber zu Ausbeutung der Menschen unter Umgehung sozialer Mindeststandards.
Nahostkonflikt		Seit der Gründung Israels 1948 in Palästina tobt ein erbitterter Konflikt zwischen Israelis einerseits sowie Palästinensern und arabischen Nachbarstaaten andererseits darum, wer Anspruch auf die Gebiete der Region hat. Bis heute haben die Palästinenser keinen eigenen Staat erhalten.
Terrorismus		Unter <i>Terrorismus</i> versteht man die ungesetzliche Androhung bzw. Anwendung von Gewalt durch eine politische oder religiöse Gruppe zur Durchsetzung ihrer politischen oder wirtschaftlichen Ziele.